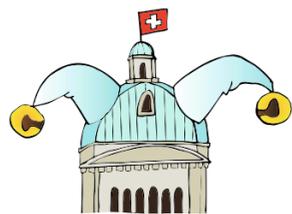


Politapéro Petra Gössi Bekenntnisse

Eine «konsequent feministische Sozialdemokratie» verlangen die SP-Frauen in einem neuen Positionspapier. Unter anderem soll die Partei an grösseren Versammlungen eine Kinderbetreuung anbieten. Kaum zu glauben, dass ausgerechnet SP-Mitglieder in einem derart unsolidarischen Umfeld leben, dass sie keine Kinderbetreuung für einen Tag organisieren können.

Ihr Privatleben hält FDP-Präsidentin Petra Gössi normalerweise fern von der Öffentlichkeit. Eine Ausnahme machte sie an der FDP-Versammlung in Engelberg, die dem Thema Tourismus gewidmet war: Dank einem Chalet der Grosseltern habe sie dort Ski fahren gelernt – und ihren ersten Freund getroffen. Der war Snow-



board-Lehrer, erzählte sie, weshalb die Liebe nur eine Saison hielt. Ihr Fazit: «Der Tourismus fördert nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Liebesleben.» Vizepräsident Andrea Caroni gestand, dass er als Tourismusförderer versagt habe. Der Auserroderer Ständerat hatte einst einen peruanischen Freund zum Skifahren nach Engelberg gebracht. Dem habe es dort so gut gefallen, dass er danach nie mehr in die Ostschweiz kommen wollte.

Wie links sind die Schweizer Sozialisten? Die Frage wurde Bundesrat Alain Berset am Mittwoch an einem Podium in Zürich gestellt. Der Innenminister antwortete mit einer Anekdote. Berset hat sich bei einem Regierungstreffen Frankreichs mit Präsident François Hollande alt den Worten vorgestellt, er sei aus der Schweiz und Sozialist. Da erwiderte der französische Sozialist erstaunt: «Was? In der Schweiz gibt es Sozialisten?» (red)

FDP feiert gleich drei Bundesräte

Parteitag Die FDP hat für kurze Zeit wieder einmal mehr als zwei Bundesräte. Der neue rief zu einer Politik des guten Mutes auf, der scheidende warnte vor Übermut.

Fabian Fellmann

Sie war in Feierlaune gestern, die FDP. Einst stellte die Partei alle sieben Bundesräte, doch seit der Wahl des ersten katholisch-konservativen Magistrats 1891 ging es für den Freisinn bergab. Umso mehr freute sich die Parteispitze in Engelberg darüber, wieder einmal mehr als die üblichen zwei eigenen Bundesräte zu einer Delegiertenversammlung begrüßen zu können.

Mit Ignazio Cassis hat sie noch bis übernächste Woche einen designierten, mit Didier Burkhalter einen scheidenden sowie mit Johann Schneider-Ammann einen amtierenden Bundesrat. Ein permanenter dritter FDP-Bundesrat würde der Schweiz guttun, meinte Parteipräsidentin Petra Gössi.

Der Wahl von Cassis widmete die Partei einen Film, der beim Hauptakteur selbst die Emotionen hochgehen liess. Vor Rührung kamen ihm die Tränen, den Anfang seiner Begrüssungsformel brachte er nur stammelnd heraus, was ihm prompten Applaus eintrug. Rasch fand der Tessiner jedoch seinen Humor wieder und meinte, die langfädige Begrüssung habe ihm nur Zeit verschaffen sollen, sich zu beruhigen – nun könne er mit seiner Rede loslegen.

Cassis rief zu mehr positivem Denken auf. «Optimismus ist in der Politik ein kostbares Gut», sagte er. Pessimismus und die Angst, Fehler zu machen, führten in die Blockade. «Nur wer etwas tut, macht auch Fehler», sagte der Freisinnige, der am 1. November sein neues Amt als Vorsteher des Aussendepartements antreten wird. Inhaltlich blieb Cassis in seiner Rede allerdings vage – alles andere wäre vor seinem Amtsantritt ein weiterer Misstritt gewesen.

Eine Schutzweste für Cassis

Fehler hat Cassis jedoch schon einige gemacht, etwa mit seiner Mitgliedschaft beim Verein Pro



Von seiner Partei bekam Ignazio Cassis gestern einen freisinnigen Schmiedehammer in Engelberg geschenkt.

Bild: Alexandra Wey/Keystone

Tell, wie er eingestand (siehe Kasten). Es werde halt scharf geschossen in der Politik, «ich werde mir wohl eine Schutzweste kaufen müssen», witzelte Cassis. Die Partei setzte auf ganz andere Metaphern: Weil Cassis bei seiner Antrittsrede gesagt hatte, er wolle das Land stärker zusammenschmieden, erhielt er als Geschenk einen freisinnigen Schmiedehammer.

Sichtlich gelöst liess sich danach Didier Burkhalter verabschieden. Der Neuenburger hatte kein einfaches Verhältnis zu seiner Partei, oft stand er dort politisch im Gegenwind. Gestern bedankte er sich staatsmännisch: «Danke, dass die FDP die Unabhängigkeit der Institutionen respektiert hat.» Dann redete er den Delegierten aber ins Gewissen:

Träume von drei Bundesräten seien nicht realistisch. Vielmehr sei es schon ein Erfolg, dass der Anspruch der FDP auf zwei Sitze in der Landesregierung nicht mehr in Frage gestellt werde. Auch warnte Burkhalter die Partei vor Übermut: Gute Lösungen für das Land müssten unter Einbezug aller politischen Kräfte gefunden werden.

Auch beim gemeinsamen Fototermin mit Schneider-Ammann und Cassis konnte sich der Neuenburger ein paar launige Sprüche indes nicht verkneifen. Eine Fotografin forderte die drei auf, sich wie Freunde zu umarmen. «Aber küssen muss ich sie nicht auch noch?», gab Burkhalter zurück. «Wir bewundern einander natürlich. Aber küssen ging mir dann doch zu weit.»

Pro Tell profitiert von Cassis-Kontroverse

Pro Tell hat von der intensiven Berichterstattung über die Mitgliedschaft und den Austritt des designierten Bundesrats Ignazio Cassis profitiert. «Unserem Verein haben sich rund 500 neue Mitglieder angeschlossen in den vergangenen fünf Tagen», sagt Präsident Hans-Peter Wüthrich. Cassis war kurz vor seiner Wahl beigetreten – und am Montag wieder ausgetreten.

Pro Tell setzt sich für ein lockeres Waffenrecht ein, auch zum Preis bilateraler Verträge mit der EU. Das widerspricht der Linie des Bundesrats, in dem Cassis das Aussendepartement übernimmt. Vor den FDP-Delegierten erklärte

Cassis seinen Austritt: Sein Name sei instrumentalisiert worden in einem Massenmail an die gehackten Adressen der Pro-Tell-Mitglieder. Er wolle die Institutionen schützen und sei deshalb ausgetreten. Die unbekanntenen Autoren riefen in dem Mail dazu auf, eine Online-Umfrage im Sinne von Pro Tell zu beeinflussen.

Laut Wüthrich hat der Verein weder ein Massenmail versandt, noch wurde er gehackt. **Wüthrich schliesst jedoch nicht aus, dass jüngst Daten abgeflossen seien.** 2016 wurde der langjährige Präsident rausgedrängt, nach einer Übergangsphase trat im Juni eine neue Vorstandsequipe an. (ffe)

«Hemmungen sind unangebracht!»

Terrorismus Die vom RAF-Terror herbeigeführte Staatskrise in Deutschland hat vor 40 Jahren auch die Schweizer Behörden intensiv beschäftigt. Bisher unbekannte Dokumente fördern aus heutiger Sicht auch Skurriles zu Tage.

Auch in der Schweiz befürchteten die Behörden vor vier Jahrzehnten Anschläge und Entführungen, wie sie in Deutschland im Herbst 1977 in der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer gipfelten. Eindrücke vermittelt ein Dossier, das die Forschungsstelle Dodis der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften aus dem Bundesarchiv zusammengestellt hat.

«Was können wir, was kann jeder Einzelne von uns gegen Gewalt- und Terrorakte tun?», schrieb im März 1977 der damalige Bundesanwalt Rudolf Gerber in einer Orientierungsschrift für das Kaderpersonal der Bundesverwaltung. Und fügte hinzu: «Leider ist der Angreifer fast immer im Vorteil.» Der von Gerber

präsierte Sicherheitsausschuss der Bundesverwaltung beschreibt in der zehneitigen Schrift das aktuelle Bedrohungsbild und gibt Ratschläge, wie die Kaderleute des Bundes zur allgemeinen und zur persönlichen Sicherheit beitragen können.

Ein Seitenhieb auf die Pressefreiheit

Einiges davon mutet zumindest aus heutiger Sicht eher seltsam an. Der Sicherheitsausschuss nennt die drei Bedrohungsformen Terroranschläge, Sabotage und Spionage. Letztere sei wohl am schwersten zu veranschaulichen, deshalb aber nicht weniger gefährlich. Gerade die Verwaltung mit ihrer Konzentration an Informationen bilde ein bevorzugtes Zielobjekt der Spionage. «Mit Argusaugen werden

Schwachstellen gesucht. Gelungssucht, Naivität, Erotik, finanzielle Bedrängnis, Alkohol- und Drogenabhängigkeit u. a. m. bilden die Angriffsflächen», heisst es in der Broschüre. Und weiter: «Sehr viel, unserer Ansicht nach zu viel an Informationen können sich diese Dienste bereits aus der Presse beschaffen.»

Die Sensibilisierung für die Spionage dürfte insofern nicht zufällig gewesen sein, als 1977 der Fall des ehemaligen Brigadiers Jean-Louis Jeanmaire vor Gericht kam. Der als «Jahrhundertspion» bezeichnete Offizier wurde wegen Landesverrats zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bewusstes und aufmerksames Beobachten ist eines der Rezepte, die den Kaderleuten des Bundes empfohlen wurde. So seien unbekannt Personen, die sich ohne

Begleitung in einem Bereich aufhielten, in den sie normalerweise nicht hingehörten, höflich, aber bestimmt nach dem Grund ihrer Anwesenheit zu befragen. Und unterstrichen steht dazu: «Hemmungen sind unangebracht!»

Schon ein Jahr zuvor, im März 1976, erliess die Bundespolizei für Führungskräfte im Bundesdienst und in der Armee ein Brevier mit «Grundsätzen des Eigenschutzes gegen Entführungen und Attentate». Darin wurde vor der Mentalität und den Tatmitteln der Terroristen anarchistischer Prägung gewarnt. «Sehr oft handelt es sich um gutgeschulte, geistig rege Leute aus intellektuellem Milieu, was in den wohl-durchdachten, von langer Hand vorbereiteten Aktionen zum Ausdruck kommt», heisst es in der Schrift. Um solchen Tätern keine

Angriffsflächen zu bieten, wurde den Führungskräften eine Reihe von Verhaltensregeln nahegelegt. Unter anderem: «Vermeiden Sie zu grosse Publizität und gehen Sie nach Möglichkeit Pressefotografen aus dem Weg.»

Einem in der Dodis-Datenbank zugänglichen Dokument vom Juni 1972 ist übrigens zu entnehmen, dass der damalige Schweizer Botschafter in Berlin, Hans Lacher, mit einer Entführungsdrohung durch die RAF konfrontiert war. Und zwar will ein Insasse des Kölner Gefängnisses, in dem damals Andreas Baader und Ulrike Meinhof inhaftiert waren, mitbekommen haben, dass RAF-Mitglieder die Geiselnahme von Botschaftern als Mittel zur Freipressung der Bandenchefs erwähnten. Es sei vom schweizerischen und vom

spanischen Botschafter in der Bundesrepublik die Rede gewesen. Am 16. Juni 1972 wurde deshalb die permanente Bewachung Lachers durch ein deutsches Polizeifahrzeug mit zwei oder mehreren Beamten für rund zehn Tage angeordnet.

Jahre später, nach der Verhaftung von ehemaligen RAF-Terroristen im Juni 1990 in der DDR, war auch von Plänen der RAF die Rede, den Schweizer Industriellen Dieter Bührle zu entführen. Und zwar soll dies Anfang der 1980er-Jahre erwogen worden sein. Diese Information, die «Der Spiegel» verbreitete, liess sich aber nie verifizieren.

Balz Bruppacher

Hinweis
www.dodis.ch